

Zank um Sozialhilfe

# «Sollen wir Leute, die <selber schuld> sind, verhungern lassen?»

Gibt es tatsächlich zu wenig bezahlbaren Wohnraum für ältere Sozialhilfebezüger? Und sticht die Basler Sozialhilfe im Umgang mit den Auszahlungen für die Miete wirklich negativ hervor? Nun nimmt SKOS-Präsident Christoph Eymann Stellung.



Dina Sambar

Publiziert heute um 07:03 Uhr

3 Kommentare



Der Basler Christoph Eymann ist der neue Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Die SKOS-Richtlinien gelten in der schweizerischen Sozialpolitik und in der Gerichtspraxis als verbindliche Richtgrösse.

Foto: Dominik Plüss

Der Fall, über den die BaZ am Donnerstag berichtete, polarisiert: Der 60-jährige Werner Meyer (Name geändert) war einst wohlhabend und ist in die Armut abgerutscht. Die Miete seiner Einzimmerwohnung kostet 850 Franken. Nach sechs Monaten Übergangsfrist bezahlt ihm die Sozialhilfe aber nur noch 770 Franken (Mietobergrenze ohne Nebenkosten). Werner Meyer beteuert, dass er unzählige Wohnungen besichtigt, jedoch keine einzige erhalten habe. Mit dem Geld, das ihm nach dem Abzug der 80 Franken noch bleibe, könne er nicht mehr leben, sondern nur noch überleben. Laut dem Verband Avenir50plus Schweiz finden immer mehr ältere Sozialhilfebezüger keinen bezahlbaren Wohnraum. Dass die Basler Sozialhilfe die Miete, wie im Fall von Meyer, nicht weiterbezahlt, sei besonders stossend: «Das Basler Sozialhilfegesetz hebt so sogar die Empfehlungen der SKOS aus.» Die Sozialhilfe wehrte sich in der BaZ gegen diesen Vorwurf.

Fr. 10.–  
Gutschein

auf das  
gesamte  
Sortiment

MIGROS  
PHOTO SERVICE

Der Basler LDP-Nationalrat Christoph Eymann ist Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Laut ihm ist der BaZ-Artikel Grund, dass die «Wohnproblematik» auf der Traktandenliste der SKOS bleibt.

**BaZ: Christoph Eymann, der Verband Avenir50plus sagt, die baselstädtische Sozialhilfe halte sich nicht an die SKOS-Empfehlung. Die Sozialhilfe bestreitet das. Was sagen Sie als SKOS-Präsident, wer hat recht?**

**Christoph Eymann:** Der umstrittene Punkt wird im Artikel der BaZ angesprochen: Wie stellt man fest, ob der Sozialhilfebezüger sich bemüht, eine günstige Wohnung zu suchen? Wenn jemand von Anfang an bekannt gibt, dass er nicht gewillt ist, umzuziehen, ist eine Kürzung nach SKOS-Richtlinien gerechtfertigt. Dasselbe gilt, wenn sich jemand zu wenig bemüht. Dort, wo ausreichende Bemühungen nachgewiesen werden können, sollte auf Kürzungen verzichtet werden.

**Und, hält sich Basel an diese Richtlinien?**

Generell ist Basel-Stadt vorbildlich. Der Leiter der Sozialhilfe Basel-Stadt hat jedoch signalisiert, dass dieser Punkt in Zukunft besser abgeklärt werden soll. Es geht wahrscheinlich darum, sicherzustellen, dass alle Bezüger die genauen Kriterien kennen, die erfüllt werden müssen, damit die höhere Miete länger übernommen wird.

**In Basel ist die Mietobergrenze 770 Franken. Laut Avenir50plus liegt sie in Zürich bei 1200, in Bern bei 900, in Liestal bei 850 und in Biel bei 650 Franken. Wo liegt Basel im nationalen Vergleich, und sind 770 Franken für eine Stadt, die sich sozial nennt, gerechtfertigt?**

Es gibt keine Statistik, die einen Vergleich zulässt. Was Basel-Stadt angeht: In den SKOS-Richtlinien steht: Die erlassenen Mietzinsrichtlinien müssen fachlich begründet sein und sich auf Daten des lokalen und aktuellen Wohnungsangebotes abstützen. Basel-Stadt macht das. Was günstiger Wohnraum ist, hängt vom lokalen Wohnungsmarkt ab. Eine Mietzinslimite von 770 Franken ist dann angebracht, wenn entsprechender Wohnraum zur Verfügung steht.

**Nun schlägt Avenir50plus aber Alarm und sagt, es gebe nicht genügend bezahlbaren Wohnraum für ältere Sozialhilfeempfänger.**

Es ist in der Tat schwierig, als Sozialhilfebezüger eine Wohnung zu finden. Davon sind Ältere betroffen, aber auch Alleinerziehende und Familien. Das ist an vielen Orten so, nicht nur in Basel. Es gibt Vorurteile vonseiten der Vermieter, und die Tatsache, dass viele Personen in der Sozialhilfe Schulden haben, senkt die Chancen.

**Was kann man dagegen tun?**

Lösungen sehe ich auf drei Ebenen: Erstens können die Sozialdienste bei der Wohnungssuche unterstützen, zum Beispiel mit Mietzinsgarantien gegenüber den Vermietern. Zweitens braucht es Offenheit der Vermieter gegenüber Sozialhilfebeziehenden, Verwaltungen können beispielsweise bewusst einen Teil ihrer Wohnungen an Sozialhilfebeziehende vermieten, so verhindern wir stigmatisierte Wohnhäuser oder Quartiere. Und drittens braucht es

genügend erschwingliche Wohnungen, diese können Private, Pensionskassen oder der Staat anbieten.

**Ist es tatsächlich so, dass viele Gemeinden ihre Mietobergrenze extra tief halten, um Sozialhilfebezügler fernzuhalten?**

Mir ist das Phänomen bekannt, doch ich habe keine Statistik dazu. Natürlich geht es nicht, die Obergrenzen so tief anzusetzen, damit sich keine Wohnung finden lässt. Das widerspricht den SKOS-Richtlinien. Allerdings ist es zufällig, wie stark das Sozialbudget einer Gemeinde durch Sozialhilfe belastet wird. Wenn in einer Gemeinde mehrere solcher Familien leben, kann es ein Budget übel verhauen. Es ist ein schmaler Grat.

**Der Verband Avenir50plus fordert eine Vereinheitlichung der Mietzinsobergrenze, wäre das eine Lösung gegen das Mietgrenzen-Dumping?**

Nein, die Unterschiede auf dem Wohnungsmarkt variieren sehr stark von Gemeinde zu Gemeinde. Generelle Limiten würden bei den Sozialhilfebezügern zwangsläufig zu Gewinnern in kostengünstigen und Verlierern in teuren Gemeinden führen. Zudem wird bei nationalen Regelungen meist nicht die bestmögliche Variante für die Betroffenen angewendet, sondern eine Lösung im unteren Bereich. Sinnvoll wäre ein innerkantonaler Finanzausgleich, wie ihn gewisse Kantone bereits kennen.

**Sie sagen, die Problematik spitzt sich zu.**

Wir befürchten, dass sich die Finanzproblematik verschärft, wenn nicht mehr der Bund, sondern die Kantone und Gemeinden für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge aufkommen müssen, die nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Hinzu kommen jene, die aufgrund von Corona ihre Arbeit verloren haben und in zwei Jahren ausgesteuert werden.

**Ein heikles Thema. Das haben wir auch bei den Reaktionen und Kommentaren zum BaZ-Artikel gesehen.**

Diese Diskussion darf nicht in schrillen Tönen geführt werden, sondern sachlich. Hier sehe ich eine meiner Aufgaben darin, die Sozialhilfe zu verteidigen. Es spielt beispielsweise keine Rolle, ob jemand verschuldet oder unverschuldet in die Sozialhilfe abrutscht. Wir haben einen Verfassungsauftrag. Was wäre die Folge dieser falschen Denkweise? Sollen wir Leute, die «selber schuld» sind, verhungern lassen?

Publiziert heute um 07:03 Uhr

**3 Kommentare**

Schreiben Sie einen Kommentar

1500

Ich habe die Kommentar-Regeln gelesen und akzeptiere diese.

Kommentar abschicken

Sie sind angemeldet als: Caroline Brunner [Ändern](#)

**Ronnie König**

vor 2 Stunden

Die Mühlen der Politik mahlen schlicht zu langsam wie heute Probleme entstehen. Die gleiche Politik erzeugt, jetzt konkret auf Corona bezogen, teils Fälle die es fristgerecht abzuhandeln gilt, aber der Rahmen immer weniger hält. Siehe auch das Tauziehen um die Geschäftsmieten beim gebeutelten Gewerbe. Manchmal wird man schlicht zum Spielball der politischen Meinungen oder eben Uneinigkeiten. Nur geht es nicht ums Umparkieren eines rostigen Traktors, sondern um lebendige Menschen. Und dass in Gemeinden tatsächlich die Politik dafür sorgt, dass Opfer dadurch benachteiligt werden und teils gegen Gesetze verstossen, das gibt es, das zeigen Gerichtsurteile. Aber auch die Mühlen der Justiz mahlen langsam. Der Mensch lebt aber täglich und nicht im Standby-Modus. Und auch die

Gemeinden stecken teils in einer Lage wo sie gar nicht so viel tun können, denn beiden ist letztlich durch Wirtschaft und Politik vorgegeben wie eine Situation ist oder sich verändert. Sozialen Wohnraum fördern tönt gut, aber auch das geschieht nicht von heute auf morgen, selbst wenn keiner dagegen ist. Man hinkt dauernd hinterher, die Entwicklungen als wie schneller.

5 | Antworten | Melden

Alle Kommentare anzeigen

## MEHR ZUM THEMA



### Hohe Steuerausfälle erwartet «Das wird schlimmer als das Grounding»

Vielen Gemeinden brechen die Steuereinnahmen weg, besonders jene von Unternehmen. Und spätestens in zwei Jahren drohen hohe Mehrausgaben für die Sozialhilfe. Auch die Kantone rechnen mit schwierigen Zeiten.

12.09.2020



### Menschliche Misere Erschütternde Befunde einer Coronastudie aus Genf

In der Coronakrise hungern Mittellose lieber oder verschulden sich, statt staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Das zeigt eine neue Studie von Soziologen der Universität Genf.

30.09.2020



### Abhängig von der Sozialhilfe Wenn sogar eine Einzimmerwohnung zu teuer wird

Werner Meyer, einst wohlhabend, ist Sozialhilfebezüger. Er kann sich nicht einmal mehr seine kleine Einzimmerwohnung leisten. Wie ihm geht es laut dem Verband Avenir 50 plus Schweiz vielen älteren Sozialhilfebezügern. Die Basler Sozialhilfe steche als schlechtes Beispiel heraus.

✓ Gelesen